Beschlussvorlage der Verwaltung

Gremium	Sitzung am	Beratung
Bürgerausschuss	13.06.2023	öffentlich
Rat der Stadt Bielefeld	15.06.2023	öffentlich

Beratungsgegenstand (Bezeichnung des Tagesordnungspunktes)

Änderung der Bezeichnung des Bürgerausschusses in Anregungs- und Beschwerdeausschuss, Zuständigkeit auch für Bitten und Beschwerden nach Art. 17 GG, Anpassung

Ggf. Frühere Behandlung des Beratungsgegenstandes (Gremium, Datum, TOP, Drucksachen-Nr.)

Beschlussvorschlag:

Der Bürgerausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Bielefeld wie folgt zu beschließen:

1. Der „Bürgerausschuss“ (BA) wird umbenannt in „Anregungs- und Beschwerdeausschuss“ (ABA).
2. Der Anregungs- und Beschwerdeausschuss ist auch zuständig für Bitten und Beschwerden nach Art. 17 GG.
3. Die Hauptsatzung der Stadt Bielefeld, die Zuständigkeitsordnung für die Ausschüsse des Rates der Stadt Bielefeld sowie die Richtlinien für die Erledigung von Anregungen und Beschwerden nach § 24 GO NRW werden an die vorgenannten Änderungen angepasst.

Begründung:

Zu 1)

Die Bezeichnung „Anregungs- und Beschwerdeausschuss“ ist umfassender als „Bürgerausschuss“. Der Begriff „Bürger“ (vgl. § 7 KWahlG NRW) umfasst nicht den gesamten Personenkreis, der sich mit Eingaben nach § 24 GO und Art. 17 GG an den Rat bzw. Ausschuss wenden kann.

Die Bezeichnung „Bürgerausschuss“ entspricht zudem nicht der gendergerechten Sprache, da hier nur die männliche Form berücksichtigt wird.

Zu 2)

Nach der vorherigen Fassung des § 24 GO NRW konnte sich jede Person mit Anregungen und Beschwerden in Angelegenheiten der Gemeinde an den Rat oder die Bezirksvertretung wenden.

Mit der Änderung der Vorschrift durch den Landesgesetzgeber ist der persönliche Anwendungsbereich der Norm auf Einwohnerinnen und Einwohner, die mindestens seit drei Monaten in der Gemeinde wohnen, eingeschränkt worden.

Darüber hinaus kann sich aber nach Art. 17 GG jede Person mit Bitten und Anregungen an die zuständigen Stellen oder Volksvertretungen wenden. Das gilt sowohl für natürliche Personen (z.B. Gewerbetreibende oder Grundbesitzende, die nicht in der Gemeinde wohnen) als auch für inländische juristische Personen (z.B. eine GmbH). Darauf weist das Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Digitalisierung ausdrücklich in seinem Erlass vom 11.10.2022 hin (s. Anlage).

Wegen der Sachnähe zwischen Eingaben nach § 24 GO NRW und nach Art. 17 GG bietet sich hier die Zuständigkeit des Bürgerausschusses (bzw. neu des Anregungs- und Beschwerdeausschusses) sowie die entsprechende Anwendung der Richtlinien an.

Zu 3)

Aufgrund der vorgenannten Änderungen sind die Hauptsatzung der Stadt Bielefeld in § 10 Abs. 2 und in § 24 Abs. 5 sowie die Zuständigkeitsordnung für die Ausschüsse des Rates der Stadt Bielefeld unter Ziffer 1.1 und Ziffer 2.1 sowie die Richtlinien für die Erledigung von Anregungen und Beschwerden nach § 24 GO NRW anzupassen.

Oberbürgermeister/Beigeordnete(r)

Wenn die Begründung länger als drei Seiten ist, bitte eine kurze Zusammenfassung voranstellen.